

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- AMK: Milchpreise, Sauenhaltung, Dünge-Verordnung
- Wölfe und Weidetierhaltung – neue Daten und Aktionen
- Schlachthof-Skandal in Belgien
- Niederländischer Uni-Professor fordert Abgaben auf Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel und Importfuttermittel
- Trecker-Maut
- Güllebörsen
- Erfolg gegen Braunkohle-Dorf-Vernichtung
- Windkraft-Konzerne
- Syrer bereiten sich auf den Aufbau ihrer Heimat vor
- Offene Debatte über fleischlose Ernährung
- Migrationszahlen

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 02.04.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

PM - Landwirtschaftsminister Christian Meyer:

Wir lassen die Milchbauern nicht im Regen stehen

Agrarministerkonferenz fordert bessere Lieferbeziehungen zwischen Bauern und Molkereien

HANNOVER. Die Agrarministerkonferenz (AMK) hat auf ihrer heute (Freitag) zu Ende gegangenen Frühjahrstagung in Hannover ihre tiefe Solidarität mit den von einem heftigen Preisverfall betroffenen Milchbauern zum Ausdruck gebracht. „Die für unsere Bauern Existenz bedrohende Krise ist trotz eines leichten Preisanstiegs in den vergangenen Wochen noch lange nicht vorbei“, sagte der diesjährige AMK-Vorsitzende, Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer. „Nach der Krise ist vor der Krise. Nur mit wirksamen Kriseninstrumenten zur flexiblen Mengensteuerung kommen wir zu fairen Milchpreisen.“

„Die AMK hat deutlich gemacht, dass wir unsere Bauern nicht im Regen stehen lassen“, sagte Meyer. Mit Verweis auf den jüngsten Sachstandsbericht des Bundeskartellamts nannte es der AMK-Vorsitzende einen „wichtigen Erfolg, dass aus Sicht der Länder die Lieferbedingungen zwischen Landwirten und Molkereien zugunsten der Erzeuger verbessert werden müssen“. Meyer ergänzte, die Position der Milcherzeuger in der Wertschöpfungskette sei derzeit „noch nicht stark genug. Um künftige Marktkrisen abzumildern, sind verbindlich vereinbarte und konkrete Vertrags- und Lieferkonditionen zu Mengen, Preisen und Laufzeiten unverzichtbar. Und es kann nicht sein, dass wie bisher Milchbauern wegen festgezurrtter, langjähriger Vertragslaufzeiten nicht auf Preiskrisen reagieren können.“ Da die

Branche kein eigenes Instrumentarium zur Bewältigung solcher Preiskrisen entwickle, „werden gesetzliche Lösungen gefordert“, so Meyer.

Robert Habeck, Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein und Vertreter der Grünen Länder, forderte von Bundesagrarminister Christian Schmidt, seine öffentlich angekündigte Zusage einzuhalten, das millionenfache Töten männlicher Eintagsküken bis Ende 2017 zu stoppen. In Deutschland werden jedes Jahr rund 50 Millionen männliche Eintagsküken aus Legehennenlinien getötet, weil sie keine Eier legen können und sich kaum zur Mast eignen. Allein in Niedersachsen geht es um etwa 27 Millionen Tiere. „Herr Schmidt muss seine Ankündigung auch umsetzen“, verlangte Habeck. „2017 sollte Schluss damit sein, dass männliche Eintagsküken vergast oder geschreddert werden. Wenn das jetzt einfach so weitergehen soll, ist das unerträglich. Diese Praxis ist ethisch nicht zu rechtfertigen.“ Schmidt bekräftigte auf der Konferenz, „dass die Zeitschiene weiter gültig ist“.

Der Sprecher der CDU-Länder, Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Peter Hauk, forderte, „bei der Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft wieder auf eine sachliche Basis“ zurückzukehren. Ideologie, Nostalgie und ein falsches Verständnis von Tierwohl seien „die falsche Grundlage“. Politik müsse die richtigen Rahmenbedingungen für die Landwirte als erfolgreiche Unternehmer schaffen. Hauk: „Notwendig sind weniger Bürokratie, eine vernünftige Verteilung der Mittel und sinnvolle Übergangszeiten auf dem Weg zu mehr Tierschutz. Bei dieser AMK haben wir gute Signale gesetzt, und dafür haben sich die CDU/CSU-geführten Länder stark gemacht.“

Till Backhaus, Landwirtschaftsminister in Mecklenburg und Sprecher der SPD-Länder, machte deutlich: „Für mich gibt es zwei Schwerpunkte: Die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU und die Entwicklung der ländlichen Räume. Beides hat für Deutschland eine enorme Bedeutung. Wir brauchen einen massiven Bürokratieabbau, und wir müssen das System weiterentwickeln. Es gilt, die Leistung der Landwirtschaft für die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, den Erhalt der Kulturlandschaft, aber auch für den Schutz von Natur, Umwelt, Klima und Trinkwasser in den Vordergrund zu stellen. Die Verknüpfung ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit.“

AMK-Vorsitzender Christian Meyer begrüßte darüber hinaus das klare Bekenntnis der Länder zu einer nationalen Nutztierstrategie. „Dieser Beschluss läutet eine neue Ära ein. Wir schlagen damit den Weg zu einem bundesweiten Tierschutzplan ein. Der erfolgreiche Tierschutzplan Niedersachsen ist dafür eine gute Grundlage und eine Blaupause für den Bund“, sagte Meyer. In diesem Zusammenhang ist Niedersachsens Landwirtschaftsminister „hoch erfreut“ über den Beschluss der AMK bei der umstrittenen Kastenstandshaltung für Sauen: „Wir wollen nach dänischem und niederländischem Modell den grundsätzlichen Ausstieg aus der Kastenstandhaltung.“ Sie sei, so Meyer, nicht tierschutzgerecht. „Es kann nicht sein, dass eine Sau mehr als die Hälfte ihres Lebens in einem Kastenstand eingepfercht ist. Wir wollen die Sau rauslassen.“

NDR - 31.03.2017

Meyer setzt sich durch: Die Sau soll raus

Die Agrarminister der Länder und des Bundes wollen das Tierwohl in der Landwirtschaft fördern. Darauf einigten sich die Politiker auf ihrer am Freitag in Hannover beendeten Frühjahrskonferenz. So seien in den Beratungen bei der umstrittenen Kastenhaltung von Sauen entscheidende Fortschritte erzielt worden, sagte der niedersächsische Landwirtschaftsminister und Konferenz-Vorsitzende Christian Meyer (Grüne) in Hannover: "Es darf nicht sein, dass eine Sau mehr als die Hälfte ihres Lebens im Kastenstand eingepfercht ist. Wir wollen die Sau rauslassen." Der Tierschutzplan Niedersachsen sei dafür eine gute Grundlage und eine Blaupause für den Bund.

Zeitplan für Umsetzung soll nun erarbeitet werden

Minister Meyer hatte zuvor kräftig für das dänische und niederländische Modell bei der Kastenhaltung geworben. Eine Arbeitsgruppe solle nun zügig Vorschläge für einen Zeitplan zur Reduzierung der Kastenstandhaltung vorlegen. Der Plan solle unter anderem für Tierhalter entsprechende Übergangsfristen zum Umbau ihrer Ställe enthalten und die Vorschriften für Neubauten im Sinne des Tierwohls verschärfen. "Gemeinsam mit dem Bund werden wir zu einer Lösung kommen", sagte der Grünen-Politiker.

Auch Geflügelpest und Milchpreise wurden diskutiert

Zuvor war es in Hannover um die weiterhin um sich greifende Geflügelpest gegangen. Dabei wurde allerdings kein Entschluss zu Entschädigungszahlungen für Freilandhalter getroffen - stattdessen solle zunächst der Bund prüfen, ob er finanziell Hilfe leisten könne. Die Konferenz brachte zudem ihre Solidarität mit den von einem heftigen Preisverfall betroffenen Milchbauern zum Ausdruck. "Die für unsere Bauern existenzbedrohende Krise ist trotz eines leichten Preisanstiegs in den vergangenen Wochen noch lange nicht vorbei", sagte der AMK-Vorsitzende Meyer. "Nach der Krise ist vor der Krise. Nur mit wirksamen Kriseninstrumenten zur flexiblen Mengensteuerung kommen wir zu fairen Milchpreisen."

Die Agrarministerkonferenz

Bei der Agrarministerkonferenz (AMK) handelt es sich um eine Fachtagung für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie die ländliche Entwicklung. Es treffen sich die Landwirtschaftsminister der Bundesländer, um über aktuelle Entwicklungen zu sprechen. Das Gremium kann zwar einstimmig Beschlüsse fassen. Diese sind aber für den Gesetzgeber nicht bindend, sondern richten sich in Form von Vorschlägen oder Forderungen an den Bund oder die EU.

Die Sitzungen der AMK finden zweimal im Jahr statt. Der Vorsitz wechselt jährlich in alphabetischer Reihenfolge der Bundesländer. 2017 hat Niedersachsen den Vorsitz inne.

Meyer: Lassen die Bauern nicht im Regen stehen

Meyer nannte es eine wichtige Aufgabe, die Lieferbedingungen zwischen Landwirten und Molkereien zugunsten der Erzeuger zu verbessern: "Die Konferenz hat deutlich gemacht, dass wir unsere Bauern nicht im Regen stehen lassen." Um künftige Marktkrisen zu lindern, seien verbindlich vereinbarte und konkrete Vertrags- und

Lieferkonditionen zu Mengen, Preisen und Laufzeiten unverzichtbar. Es könne nicht sein, dass Milchbauern wegen festgezurrtter, langjähriger Vertragslaufzeiten nicht auf Preiskrisen reagieren könnten. "Wenn sich das wirtschaftlich nicht von allein regelt, dann haben wir durchaus die Drohung, das gesetzlich zu regeln", sagte Meyer.

NDR - 31.03.2017

Geflügelpest: Sicherheitsauflagen missachtet?

Nachdem Erkenntnisse des Friedrich-Loeffler-Instituts darauf hindeuten, dass das Geflügelpest-Virus H5N8 im Landkreis Cloppenburg von Menschen, Fahrzeugen und Geräten von Stall zu Stall übertragen wird, geraten Putenhalter in der Region weiter unter Druck. Sie sollen möglicherweise gegen Sicherheitsauflagen verstoßen haben. Nach Informationen von NDR 1 Niedersachsen geht es um drei Betriebe in Garrel. In den Ställen soll dieselbe Einstreumaschine benutzt worden sein. Sie war offenbar nicht ausreichend desinfiziert. Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) hat nun in einem Erlass den Landkreis Cloppenburg aufgefordert, bei mehr als 100 Geflügelbetriebe zu kontrollieren, ob sie die Vorschriften zur Biosicherheit einhalten.

Wind als Verbreitungsweg immer noch im Spiel

Die Betriebe würden ohnehin regelmäßig überprüft, teilte der Landkreis mit. Man werde den Erlass dennoch mithilfe von Amtstierärzten aus anderen Landkreisen umsetzen. Kritik kommt vom Chef der niedersächsischen Geflügelwirtschaft, Friedrich-Otto Ripke. Er hält die flächendeckenden Kontrollen für nicht zielführend. Stattdessen sollten die bekannten Putenhalter, bei denen die Missstände aufgefallen sind, intensiv kontrolliert werden, sagte er. Ripke sieht neben einzelnen Putenhaltern vor allem den Wind als Hauptverbreiter des Virus. "Wenn sich der Wind als Hauptverbreiter herausstellt, muss das gesamte Putenmanagement überdacht werden - von der offenen Haltungform bis zur Stalldichte", sagte Ripke NDR 1 Niedersachsen.

Verstöße können zu weniger Entschädigung führen

Der Landwirtschaftsminister hatte angekündigt, dass Tierhalter bei gravierenden Mängeln bei den Biosicherheitsmaßnahmen mit geringeren Entschädigungszahlungen rechnen müssen. Nach Ansicht des Landkreises Cloppenburg ist es allerdings bislang nicht belegt, dass das Virus durch Menschen weiter verbreitet wird. Wegen der Geflügelpest mussten in der Region seit November mehrere Hunderttausend Puten getötet werden. Erst in der vergangenen Woche hatten sich weitere Verdachtsfälle in Putenmastbetrieben bestätigt.

Tagesspiegel – 31.3.2017

Wölfe in Brandenburg

Streit um den Umgang mit den Wölfen

Landwirte und Schäfer klagen über gerissene Tiere und demonstrieren. Naturschutzverbände fordern weniger Bürokratie.

VON ALEXANDER FRÖHLICH

Im Brandenburgischen geht der Wolf um. Seit Jahren schon. Sogar vor den Toren Berlins wurde er schon gesichtet. Nun eskaliert der Streit, wie mit dem Tier umzugehen ist, wie wild die Mark sein soll. Landwirte und Schäfer klagen über gerissene Tiere. Gregor Beyer, Geschäftsführer beim „Forum Natur“, einem Lobbyverband von Bauern und Jägern, bekommt jeden Tag mindestens einen Anruf aus den Weiten des Landes – wieder ein Tier vom Wolf getötet. Zum Jahreswechsel streifte ein Wolf durch das havelländische Rathonow, durch Vorgärten in der Nähe einer Grundschule. Im Wildpark Johannesmühle in Baruth (Teltow-Fläming) holten sich die Wölfe einen Damhirsch. Und nicht nur dort. Und dann gibt es diese Fotos: nur paar Knochen und Fellfetzen, oder ausgeweidete Lämmer.

Reinhard Jung vom Bauernbund Brandenburg warnt vor einem „absehbaren ökonomischen Niedergang der Weidetierhaltung in Brandenburg“. Schuld tragen für ihn diejenigen, „die mit blindem Eifer die Ausbreitung eines gefährlichen Raubtiers in unserer Kulturlandschaft betreiben“. Tatsächlich ist die Zahl der Wölfe binnen zehn Jahren rasant gestiegen.

Seit zehn Jahren wieder Wölfe

Erstmals seit der Ausrottung im 19. Jahrhundert siedelte sich ein Wolfspaar 2007 im Südosten des Landes an. 2009 wuchsen hier erstmals seit mehr als einem Jahrhundert wieder Wolfswelpen in Brandenburg auf. Inzwischen gibt es im Land 21 Rudel mit etwa 200 Tieren. Das ist fast die Hälfte des gesamten Bestandes deutschlandweit.

Den Landwirten wird das zu viel. Am Freitagabend sollte auf neun Höfen Wolfswache gehalten werden. Mit der Fackel in der Hand werde er in der Nacht über um die Koppel ziehen, sagte Lobbyist Beyer. Wobei es mehr Demonstration als Wache ist. Die Verbandschefs der Schäfer, Bauern und Jäger kommen, Umwelt- und Agrarminister Jörg Vogelsänger (SPD) hat sich angekündigt. Er beklagt, „dass noch nicht bei allen angekommen ist, dass sich die Situation immer weiter zuspitzt und die Kosten für Prävention und Entschädigung aus dem Ruder zu laufen drohen“. Der Minister will nun den Schutzstatus für den Wolf aufweichen. Bislang ist das Tier nach EU-Recht streng geschützt, allerdings unter der Annahme, dass ihre Zahl nicht ausreichend für den Erhalt ist.

Die Naturschutzverbände Nabu und Bund protestierten dagegen vor dem Landtag in Potsdam. Sie werfen Vogelsänger vor, dass die Förderprogramme für Schutzzäune und Herdenschutz Hunde sowie die Entschädigungsverfahren zu langwierig sind. Und für Problemwölfe hätte längst eine Abschussverordnung erlassen werden können. Ohnehin sei die Zahl gerissener Tiere im Vergleich zu natürlich sterbenden Weidetieren verschwindend gering. Gregor Beyer hält dagegen: „Wir leben in einer Kulturlandschaft, nicht in der Wildnis.“ In Finnland, elfmal größer als die Mark, lebten ebenfalls 200 Wölfe. „Doch dort gibt es ein Management. 2016 wurde die Tötung von 37 Wölfen erlaubt.“

taz – Jost Maurin – 31.3.2017

Wolfsregionen in Europa **Viele Kälber gerissen**

In Nordkastilien waren zuletzt 36 Prozent der von Wölfen getöteten Nutztiere Rinder. In Frankreich sind Zäune oft zwecklos.

BERLIN taz | Wölfe können in erheblichem Ausmaß nicht nur Schafe, sondern auch Rinder fressen. Das zeigen Zahlen aus der spanischen Region Castilla y León, in der das Raubtier anders als hierzulande nicht ausgerottet wurde. Dort waren laut Regionalregierung rund 36 Prozent der 2.769 im Jahr 2015 von Wölfen getöteten Nutztiere Rinder.

Die Rinderhaltung hat für die Landwirtschaft eine bei weitem größere Bedeutung als die Schafhaltung. Tier- und Umweltschützer wollen, dass Vieh nicht nur im vergleichsweise engen Stall lebt, sondern auch auf die Weide darf. Viele Bauern sehen die Weidehaltung nun aber auch durch Wölfe bedroht. Naturschützern zufolge kann es nur „[in seltenen Fällen Wolfsangriffe auf Rinder](#) geben“. Denn diese Tiere seien Wölfen zu groß. Schafe seien stärker gefährdet, könnten aber mit Zäunen oder Hunden geschützt werden.

Doch in Frankreich stammten im vergangenen Jahr 91 Prozent der rund 9.800 gerissenen Tiere aus geschützten Haltungen, wie der taz Laurent Garde mitteilte, der Wissenschaftler am französischen Forschungsinstitut für die Praxis der Weidewirtschaft in der Region Alpes-Méditerranée ist. Teilweise hätten die Beutegreifer sogar 1,8 Meter hohe Elektrozaune überwunden.

In der nordspanischen Region Asturien ist der Protest gegen das Raubtier drastisch: Vergangenen Februar brachte dort jemand einen Wolf um, schlang ein Seil um den Hals des blutigen Kadavers und hängte ihn an einem Mast am Rande einer viel befahrenen Straße auf. „Es war die zweite Warnung – man weiß nicht genau, an wen – in weniger als drei Tagen“, [schrieb die Zeitung El País](#). Denn kurz vorher waren [zwei weitere Wölfe illegal geschossen](#) und auf dem Parkplatz eines Supermarkts abgelegt worden. Ähnliche Vorfälle hatte es [in Italien](#) gegeben.

„Es deutet sich eine Spezialisierung von Problemrudel-Wölfen auf Schafe, Damwild und/oder Rinder an, auch in Niedersachsen und anderen Bundesländern“, warnte Eckehard Niemann, Pressesprecher der ökologisch orientierten Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Niedersachsen. „Wenn der Wolf in nördlichen Ländern im Rudel Elche jagt, dann kann er auch Rinder jagen“, sagte Frank Michelchen, Wolfsexperte des konservativen Bauernbunds Brandenburg.

Bisher sei die Zahl der Risse überschaubar, aber die Wolfspopulation habe erst seit Kurzem stark zugenommen. „Mit Herdenschutzmaßnahmen können wir katastrophale Verhältnisse wie in anderen Regionen Europas allenfalls herauszögern.“ Es sei eine „systematische Lüge“, dass in anderen Regionen Wölfe akzeptiert würden.

Der Bauernbund veranstaltet am Freitagabend „Wolfswachen“ in Brandenburg – erstmals gemeinsam mit dem größeren Bauernverband. Neu ist auch, dass daran Umweltminister Jörg Vogelsänger sowie eine Staatssekretärin teilnehmen wollen. [Der SPD-Politiker erklärte](#), die Situation spitze sich zu, die Kosten für Prävention und Entschädigung drohten „aus dem Ruder zu laufen“. Wolfswachen

dienten früher dazu, etwa durch Feuer und menschliche Präsenz die Raubtiere abzuschrecken. Der Bauernbund nutzt sie vor allem, um auf seine Forderung nach einer Bejagung des Wolfs aufmerksam zu machen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) bezweifelte, dass die Situation in Castilla y León und Frankreich übertragbar auf Deutschland ist. „Die Naturraumausstattung in Spanien ist eine andere, die Haltungsbedingungen sind anders“, sagte Naturschutzleiter Magnus Wessel. In den Alpen ließen sich Herden schwieriger schützen als in der Ebene. „Wenn ich geschützte Rinder und einen Wildbestand habe, der funktioniert, ist das Problem auch sehr klein.“ Das würden die bisherigen Erfahrungen aus Deutschland belegen.

<http://www.taz.de/Wolfsregionen-in-Europa/!5393631/>

RBB - 01.04.17

Wolfswachen in Brandenburg-Rund 800 Menschen wachen - Wölfe bleiben weg

Die Hälfte der Wolfsrudel in Deutschland lebt in Brandenburg. Viele Bauern und Schäfer fürchten um ihre Tiere, rund 300 wurden im vergangenen Jahr gerissen. Am Freitagabend haben rund 800 Menschen für besseren Schutz demonstriert - sie wachten an Lagerfeuern.

Nein, böse ist der Wolf nicht, nur hungrig - und satt wird er in Brandenburg ganz gut. Die Zahl der Wolfsrudel in dem Bundesland steigt, etwa die Hälfte der bundesweit 46 Rudel lebt in Brandenburg. Damit steigt auch die Zahl der gerissenen Tiere: Rund 300 wurden vergangenes Jahr auf den Weiden gerissen, mehr als doppelt so viele wie noch 2015. Die Bauern, Schäfer und Tierhalter sorgen sich.

Am Freitag versammelten sie sich deshalb in ganz Brandenburg zu Wolfswachen an Lagerfeuern - es war auch als Demonstration gemeint. "Als ein Zeichen, dass wir unsere friedlichen Tiere gegen den Räuber verteidigen wollen. Aber auch als Zeichen der Ohnmacht, denn mit einem Feuer werden wir unsere Tiere nicht dauerhaft schützen können", sagte Marco Hintze vom Bauernbund Brandenburg. Er hielt in Krielow Wolfswache, einem Dorf im Havelland. Auch in acht anderen Dörfern der Region wurde demonstriert, insgesamt waren es rund 800 Menschen im ganzen Bundesland.

Landwirte wollen jeden Wolf abschießen dürfen, der sich auf 1.000 Meter nähert

Die Demonstranten sind der Ansicht, dass der Wolf zu stark geschützt werde. Die Landwirte in Krielow fordern, dass sie jeden Wolf abschießen dürfen, der sich ihrem Hof auf 1.000 Meter nähert. Ausgerechnet Ökobauern mit Weidehaltung seien besonders betroffen. "Irgendwann wird das so schlimm werden, dass die Wildtierrisse und Nutztierisse überhand nehmen und irgendwann wird es auch an den Menschen rangehen", sagt der Jäger Werner Gendritzki. Im vergangenen Jahr zahlte die Landesregierung rund 45.000 Euro Entschädigungen an Tierhalter.

Wolfsschützer entgegen, die Tiere würden sich nicht stark vermehren. Und an vielen Rissen seien nicht Wölfe, sondern Hunde schuld. Auch der Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger (SPD) kam zu einer Wolfswache, in Dolgelin (Märkisch-Oderland). Er hat bereits einen Antrag für eine Lockerung des Schutzstatus' in die Agrarministerkonferenz eingebracht. Doch aus Sicht des Bauernbundes reicht das nicht aus. "Wir brauchen eine Wolfsverordnung, die den Abschuss von Wölfen erlaubt, die eine Gefahr darstellen", sagte der Geschäftsführer Reinhard Jung. Dazu gehörten Wölfe, die Schafe und Lämmer reißen. In einigen Gegenden nähmen Bauern und Jäger das schon selbst in die Hand.

Naturschutzverbände kritisieren Wolfswachen

2007 wurde ein Wolfspaar in Südbrandenburg angesiedelt. Seitdem ist die Zahl der Tiere auf knapp 200 angewachsen. Anstatt sie zum Abschuss freizugeben, fordern Naturschutzverbände und die Grünen Geld vom Land für Schutzmaßnahmen wie Zäune und Herdenschutzhunde. Sie demonstrierten am Freitag vor dem Landtag in Potsdam - die Wolfswachen bezeichneten NABU und BUND als falsches Signal. Nicht der Wolf sei das Problem, sondern die Politik, die bislang den Wolfsmanagementplan nicht konsequent umgesetzt habe. "Das ist ja alles da! Es muss nur umgesetzt werden", sagte Axel Kruschat, der Landesgeschäftsführer des BUND.

Am 26. April hat die Landesregierung die Beteiligten zu einem Wolfsplenium nach Potsdam eingeladen. Zum 1. Mai sollen zwei Wolfsbeauftragte ihre Arbeit aufnehmen. Für die Wächter an den Lagerfeuern wurde es von Freitag auf Samstag übrigens keine lange Nacht - die Wölfe müssen Lunte gerochen haben. Kein Tier kreuzte auf.

WESTFALENBLATT - 29.03.2017

Kirchenkreis lädt zur Diskussion: Landwirtschaft nicht immer nur romantisch Krise hat viele Ursachen

Von Cornelia Müller

Rahden (WB). Ackerbau und Viehzucht sind schon für die Bibel ein Thema gewesen. Das bäuerlich geprägte Leben ist Hintergrund vieler Erzählungen und Gleichnisse. Knapp sieben Wochen vor der Landtagswahl hat der Evangelische Kirchenkreis Lübbecke das Thema in seiner aktuellen Brisanz auf die Agenda gesetzt.

Am Montag hatte er unter der Überschrift »Landwirtschaft – zwischen bäuerlicher Romantik und Industrieproduktion« zu einer Podiumsdiskussion ins Rahdener Gemeindehaus eingeladen.

Podiumsgäste waren die Landtagsabgeordneten Norwich Rüße (Sprecher für Naturschutz und Landwirtschaftspolitik von Bündnis 90/Die Grünen) und Annette Watermann-Krass (SPD, Mitglied im Landwirtschaftsausschuss), Hermann Seeker

(Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbands) und Iris Niermeyer (Vorstandsmitglied des Landfrauenverbands Minden-Lübbecke).

Moderatorin nicht aus Landwirtschaft

Einzig erklärte Nicht-Fachfrau auf dem Podium war die Moderatorin Anke Steinhauer. Der Leiterin der VHS Lübbecke blieb es vorbehalten, in der Diskussion die Rolle des Verbrauchers wahrzunehmen, dessen Bild der Landwirtschaft von der romantisierenden Darstellung der Werbung einerseits und den »Horrornachrichten« von Foodwatch andererseits geprägt werde. »Es scheint nur schwarz-weiß zu geben«, eröffnete die Moderatorin den Austausch auf dem Podium.

Hermann Seeker widersprach diesem Bild, indem er darauf verwies, dass moderne Ställe eine bessere, artgerechtere Haltung als je zuvor ermöglichten. »Enge Ställe ohne Tageslicht – das ist weitgehend ad acta gelegt.« Das bestätigte auch Landfrau Iris Niermeyer: »Die Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren sehr verändert, aber die Werbung ist nicht hinterhergekommen. Der Verbraucher muss wissen, dass es dem Schwein auch gut gehen kann, wenn es nicht auf Stroh liegt.«

Aktuelle Umfragen

Offensichtlich habe die Landwirtschaft ein Vermittlungsproblem, folgerte Anke Steinhauer, und nannte aktuelle Umfrageergebnisse: Mehr als drei Viertel aller Deutschen forderten von den Bauern mehr Rücksicht auf die Umwelt und dass es den Tieren besser gehen solle, mehr als 90 Prozent seien allerdings noch nie in einem Stall gewesen. »Da kann man kaum erwarten, dass sie die Landwirte verstehen.«

Dieses Problem habe auch die Landwirtschaft erkannt und versuche, unter anderem mit »Tagen der offenen Höfe«, gegenzusteuern, allerdings mit begrenztem Erfolg. »Das ist wie beim Smartphone: Fast jeder hat eines in der Tasche, aber nur wenige interessiert, wie es hergestellt wird«, sagte Iris Niermeyer. Für den Verbraucher zähle oft nur der Preis.

Hoher Kostendruck

Darüber, dass hoher Kostendruck das Kernproblem heutiger Landwirtschaft sei, waren sich die Podiumsgäste weitgehend einig. »Keiner kann auf Dauer für 32 Cent Milch produzieren«, sagte Rüsse, selbst Landwirt im Nebenerwerb. Beispielhaft sei für ihn die Vermarktungsstrategie der Österreichischen Milchwirtschaft, die mit großem Erfolg auf Regionalität setze. Annette Watermann-Krass forderte die Landwirte dazu auf, eigene regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen und die der Produktion nachgelagerten Bereiche, »da wo das Geld verdient wird«, selbst in die Hand zu nehmen. »Wenn ich an der Ladentheke mehr Geld bezahlen soll, muss ich auch nachvollziehen können, wo und unter welchen Bedingungen das Tier gehalten wurde.«

Probleme nur angerissen

Viele Probleme konnte die Podiumsdiskussion, die erkennbar auch im Zeichen des Wahlkampfes geführt wurde, nur anreißen. Deutlich wurde jedoch, dass die gegenwärtige Krise der Landwirtschaft viele Ursachen hat – von der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt über die Subventionspolitik und steigende Auflagen bis zum Wandel einer Gesellschaft, in der immer weniger selbst gekocht wird und in der die Wertschätzung gegenüber Lebensmitteln insgesamt abgenommen hat. Nachdenklich stimmten vor allem zwei Stimmen am Schluss der Veranstaltung: Volker Schmale (Landwirt aus Varl) forderte die Politik auf, die Landwirte nicht im Stich zu lassen, denn: »„Wir brauchen jeden Hof, den wir noch haben.« Und schließlich die persönlichen Worte, die Ingrid Hölscher, Mitglied im synodalen Ausschuss »Kirche und Gesellschaft«, an die anwesenden Landwirte richtete: »Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, dass Sie mein Essen produzieren.«

ISN - 30.03.2017

Schlachthof-Skandal in Belgien: Betrieb wegen Tierquälerei vorerst geschlossen

Aufgrund von mutmaßlicher Tierquälerei und grober Verstöße gegen das Tierschutzgesetz hat die flämische Regierung dem größten Schlachthof Belgiens vergangene Woche die Produktionserlaubnis entzogen. Der Betrieb der Debra Group in Tielt war Ende März in die Schlagzeilen geraten, nachdem die Tierschutzorganisation Animal Rights mit versteckter Kamera gedrehte Filmaufnahme aus dem Schlachthof veröffentlichte, die den für den Tierschutz verantwortlichen Minister Ben Weyts nun zum Handeln veranlassten.

Tierschutzverstöße bewirken Konsequenzen

Die Filmaufnahmen zeigen unter anderem, wie noch nicht betäubten Schweinen die Halsschlagader durchtrennt wird, ein Schwein bei vollem Bewusstsein in das 60 °C heiße Wasser zur Borstenentfernung getaucht wird, sowie stark misshandelte und verletzte Tiere. Die Geschäftsführung des Schlachtbetriebs will nach Bekanntwerden der Vorfälle die Zahl der Überwachungskameras erhöhen und Aufnahmen ab sofort live auswerten, zudem wurden die betreffenden Mitarbeiter entlassen. In dem Debra-Betrieb in Tielt werden wöchentlich ca. 35.000 Schweine geschlachtet. Auch Marktteilnehmer haben bereits reagiert: Das mit dem QS-Siegel vergleichbare belgische Zertifikat Certus wurde dem Schlachthof entzogen, und Einzelhändler wie die Kette Delhaize haben den Bezug der gefertigten Produkte gestoppt.

Kameras in Frankreich - bald auch in niederländischen und deutschen Schlachthöfen?

In Frankreich ist die Videoüberwachung von Schlachthöfen im Januar 2017 vom Parlament beschlossen worden, eine abschließende Entscheidung fällt bald die zweite Kammer des Senats.

Nach dem Willen des niederländischen Staatssekretärs Martijn van Dam (Wirtschaftsministerium) sollen niederländische Schlachtbetriebe als Folge des belgischen Schlachthof-Skandals ebenfalls mit Kameras überwacht und die Bilder

der niederländischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (nVWA) zugänglich gemacht werden.

Auch in Deutschland blieb das belgische Filmmaterial nicht unbeachtet. Eine internationale Petition fordert derzeit Unterstützer (auch auf einer deutschsprachigen Seite) zu einer Spende auf, um Kameras und Aktivisten für weitere Enthüllungskampagnen zu finanzieren. Die Tierschutzorganisationen erhoffen sich durch die Kampagnen eine staatlich angeordnete Videoüberwachung auf EU-Ebene. 30.000 Teilnehmer (Stand 30. März) sollen nach Angaben der Plattform bereits gespendet haben, aus welchen Ländern sie stammen und wie viel Geld gesammelt wurde, wird nicht genannt.

✚ [Stellungnahme der Debra Group](#)

✚ [Petition gegen "Folter an Schlachthöfen"](#)

Niederländischer Hochschullehrer der Uni Wageningen fordert progressive en Abgaben/Steuern auf Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel und Importfuttermittel und erwartet dadurch Marktanteils-, Kosten- und Preis-Vorteile für dann umweltfreundliche Produktionsverfahren und Betriebe:

Progressieve belasting op bestrijdingsmiddelen kan landbouw en natuur redden

De Vlinderstichting

16-MRT-2017 - Om de toekomst van de landbouw en de natuur in Europa veilig te stellen, is een heffing op kunstmest, bestrijdingsmiddelen en geïmporteerd veevoer noodzakelijk. Dat stelt hoogleraar Frank Berendse vandaag in een ingezonden brief in het gerenommeerde wetenschappelijke tijdschrift Nature.

Op het boerenland van West-Europa is een drastische afname gaande van diversiteit en aantallen vogels, insecten en planten. De intensivering van de landbouw is één van de belangrijke oorzaken hiervan. De verliezen hebben belangrijke gevolgen voor de diensten die de natuur aan de landbouwsector levert, zoals natuurlijke plaagbestrijding en bestuiving. Direct na de Tweede Wereldoorlog was het Europese landbouwbeleid sterk gericht op de grootschalige productie van voedsel tegen lage prijzen. Nooit meer honger was het devies. De overheid zette middels dit beleid de boeren aan tot drastische intensivering van de landbouwproductie.

Ruilverkavelingen, kunstmest en bestrijdingsmiddelen verhoogden de productie steeds verder en stimuleerden een efficiënte werkwijze waardoor de werkgelegenheid in de landbouw sterk daalde. In 1984 werd nog 70% van het budget van de Europese Unie uitgegeven aan steun voor deze vorm van landbouw.

Inmiddels is dat afgebouwd tot 40% van het budget en waarschijnlijk moet dit deel nog verder worden beperkt, onder meer vanwege de hoge kosten van het immigratiebeleid. Alle vernieuwingen aan het landbouwbeleid ten spijt, is het nog steeds desastreus voor zowel de landbouw zelf als de natuur in Europa.

Frank Berendse, emeritus hoogleraar aan Wageningen Universiteit, stelt in zijn [brief in Nature](#) vandaag dat het nieuwe Gemeenschappelijk Landbouwbeleid (GLB) vanaf 2020 geheel anders moet worden ingericht om de toekomst van de Europese landbouw en natuur veilig te stellen. Hij pleit voor een nieuwe progressieve belasting op kunstmest, bestrijdingsmiddelen en geïmporteerd veevoer, afgerekend per eenheid landoppervlak. Wanneer deze heffingen voldoende progressief zijn, compenseren ze de lagere gewasopbrengsten door lagere productiekosten en een groter marktaandeel. Logischerwijs zullen de voedselprijzen stijgen, want tot op heden zijn de werkelijke kosten van vervuiling en het verlies aan biodiversiteit niet doorberekend in consumentenprijzen. Maar er is in de supermarkt wel een keuze, want werkelijk duurzame producten zullen minder kosten dan de producten die met hoge inputs van bijvoorbeeld bestrijdingsmiddelen zijn gemaakt.

Berendse pleit ervoor deze heffingen onder te brengen in een derde pijler van het GLB. Dit maakt het Europese landbouwbeleid evenwichtiger, omdat agrariërs die maatschappelijke diensten leveren, worden beloond (denk aan het onderhouden van heggen) en vervuilers betalen. Het zal leiden tot aanzienlijke, door prijs gedreven verschuivingen in de verkoop van duurzame producten. Dat maakt gezond en schoon voedsel betaalbaar voor iedere Europeaan. Bovendien zal elke stap die een agrariër zet in de richting van een verminderd gebruik van pesticiden, geïmporteerde soja of antibiotica direct beloond worden met een betere prijs, een grotere afzet en bredere maatschappelijke steun. De natuur- en milieuorganisaties in Nederland ondersteunen deze oplossing en pleiten voor een goede doorrekening van (sociaal-) economische effecten. Het gezamenlijke standpunt over de herziening van het Gemeenschappelijk Landbouwbeleid is te vinden op [deze website](#). Hier vindt u de link naar de [brief in nature](#).

Tekst: Anthonie Stip & Titia Wolterbeek, [De Vlinderstichting](#)

Foto's: Hans Dekker, Saxifraga (leadfoto: akker in Frankrijk); Kars Veling; Jan van der Straaten, [Saxifraga](#)

<https://www.naturetoday.com/intl/nl/nature-reports/message/?msg=23337>

Eurotopics.net – 31.1.2017

Griekenland muss Erntehelfer entschädigen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Griechenland wegen der desaströsen Bedingungen für Tagelöhner auf einer Erdbeerplantage verurteilt. Geklagt hatten 42 Einwanderer aus Bangladesch, die auf einer Farm bei Manolada angeheuert worden waren. Bekannt wurde ihr Schicksal, als im Sommer 2013 [Vorarbeiter auf die Helfer schossen](#). Griechenlands Presse zeigt sich beschämt, dass den Erntehelfern erst jetzt Gerechtigkeit widerfährt.

ISN - 31.03.2017

Bundesrat verabschiedet endgültig Novelle der Düngeverordnung

Der Bundesrat hat heute endgültig die Novellierung der Düngeverordnung beschlossen. Damit stimmten die Ländervertreter dem ausgehandelten Kompromiss zwischen Bundesregierung, Bundesländern und Koalitionsfraktionen zu. Die von der Länderkammer noch verlangten Änderungen sind überwiegend redaktioneller Natur und dienen der Klarstellung. Eine Verkündung der geänderten Düngeverordnung durch die Bundesregierung gilt nach der heutigen Entscheidung als sicher.

Mit dem heutigen Beschluss wird eine fast fünfjährige Verhandlungsphase und teilweise ziemliche Hängepartie zum sogenannten Düngepaket aus Düngegesetz, Düngeverordnung und der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) beendet.

Im bisherigen Monatsverlauf hatten Bundesrat und Bundestag bereits die Novellierung des Düngegesetzes verabschiedet. Diese Änderung war Voraussetzung für die Novellierung der Düngeverordnung. In der vergangenen Woche war der ausgehandelte Düngekompromiss noch mal wieder ins Wanken geraten, als der Umweltausschuss des Bundesrates eine Reihe von Änderungsanträgen zum vorliegenden Entwurf zur Düngeverordnung beschlossen hatte, die nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums über die Einigung vom Januar hinausgingen und den Kompromiss wieder stark in Frage stellten.

Was ändert sich durch die novellierte Düngeverordnung?

- Die Düngebedarfsermittlung für Stickstoff auf Acker- und Grünland wird bundeseinheitlich geregelt und konkretisiert.
- Ertragsabhängige standort- und kulturartenbezogener Obergrenzen für die Stickstoffdüngung werden eingeführt.
- Die Vorgaben für das Aufbringen von stickstoff- und phosphathaltigen Düngemitteln auf überschwemmten, wassergesättigten, gefrorenen oder schneebedeckten Boden werden präzisiert.
- Zeiträume, in denen keine Düngemittel ausgebracht werden dürfen, verlängern sich grundsätzlich (Ackerland: nach der Ernte der Hauptfrucht bis 31.01.; Grünland: 01.11. – 31.01., Einführung einer Sperrzeit für die Aufbringung von Festmist und Kompost: 15.12. – 15.01.; die zuständigen Behörden können Beginn/Ende jeweils um bis zu vier Wochen verschieben).
- Die zulässige Stickstoffgabe im Herbst wird beschränkt auf 30 kg Ammoniumstickstoff oder 60 kg Gesamtstickstoff je Hektar.
- Die Abstände für die Stickstoff- und Phosphatdüngung in der Nähe von Gewässern und im hängigen Gelände vergrößern sich.
- Die Kontrollwerte für die Differenz von Zu- und Abfuhr im Nährstoffvergleich (ab 2020 sind nur noch 50 kg N je Hektar zulässig) werden verringert.
- Bundeseinheitliche Vorgaben für das Fassungsvermögen von Anlagen zur Lagerung von flüssigen Wirtschaftsdüngern und flüssigen Gärrückständen aus dem Betrieb einer Biogasanlage (grundsätzlich größer als benötigte Kapazität zur Überbrückung der Sperrfristen, mindestens jedoch sechs Monate, Betriebe mit hohem Tierbesatz oder ohne eigene Ausbringungsflächen müssen ab 2020 mindestens neun Monate

Lagerkapazität vorweisen) sowie Festmist, festen Gärrückständen und Kompost (zwei Monate) werden eingeführt.

- Die Länder werden verpflichtet, in Gebieten mit hoher Nitratbelastung sowie in Gebieten, in denen stehende oder langsam fließende oberirdische Gewässer durch Phosphat, was nachweislich aus der Landwirtschaft stammt, eutrophiert sind, mindestens drei zusätzliche Maßnahmen aus einem vorgegebenem Katalog zu erlassen.

Was ändert sich durch das angepasste Düngegesetz?

- Ab 2018 müssen tierhaltende Betriebe mit mehr als 2,5 GV je Hektar und mehr als 30 ha landwirtschaftliche Nutzfläche oder mehr als 50 GV eine Stoffstrombilanz erstellen; ab 2023 gilt dies für alle Betriebe mit mehr als 20 ha landwirtschaftliche Nutzfläche oder mehr als 50 GV.
- Für beide Varianten gilt: Sobald dem Betrieb im jeweiligen Wirtschaftsjahr Wirtschaftsdünger aus anderen Betrieben zugeführt wird, muss eine Stoffstrombilanz erstellt werden.
- Der Bußgeldrahmen gegen bestimmte Verstöße der Düngeverordnung wird auf bis zu 150.000 Euro erhöht.
- Eine Befugnis der zuständigen Länderbehörden zum Datenabgleich mit Erhebungen aus anderen Rechtsbereichen soll für düngerechtliche Überwachungszwecke eingeführt werden. (z. B. Daten aus InVeKos, der HIT-Datenbank oder bestimmte Daten, die bei den bau- oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbehörden vorliegen).
- Schaffung eines bundesweit einheitlichen Rahmens, auf dessen Grundlage ein freiwilliges Qualitätssicherungssystem für Wirtschaftsdünger aufgebaut werden kann. Die Länder können die hierfür erforderlichen konkretisierenden Regelungen bei Bedarf in einer Rechtsverordnung erlassen, sofern der Bund von seiner Verordnungsermächtigung keinen Gebrauch macht.
- Biogasgärreste werden in die 170 kg N/ha Regelung aufgenommen.

Die ISN meint:

Die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie sowie des bereits laufenden Strafverfahrens der EU gegen Deutschland machen eine Anpassung des Düngerechts notwendig. Wie wir schon mehrfach kommentiert haben, ist man jedoch aus unserer Sicht bei der Umsetzung in verschiedenen Bereichen, wie z.B. der Stoffstrombilanz, deutlich über das Ziel hinausgeschossen. So ist das Gesamtpaket für die Betriebe eine enorme Herausforderung, die nur schwer zu stemmen sein wird. Man darf dabei nicht vergessen, dass in naher Zukunft noch der Immissionsschutz mit der Novelle der TA-Luft sowie den Neuerungen bei der UVP erhebliche Verschärfungen bringen wird und somit noch als Herausforderung oben drauf kommt.

Zudem hat man es verpasst, die Vorzüglichkeit des wertvollen organischen Düngers gegenüber dem mineralischen Dünger zu fördern und so ein wirklichen Schritt in der Nährstoffthematik voran zu kommen. Stattdessen vermiest man den Einsatz organischer Dünger bei den aufnahmebereiten Betrieben durch überzogene Dokumentationspflichten. Auch die noch sehr schwammig gehaltenen Formulierungen zum Thema Ländererlasse in belasteten Gebieten dürften zukünftig noch böse Überraschungen für die Landwirte bedeuten. Hier haben die Agrarminister

der Länder ein scharfes Schwert an die Hand bekommen. Der Druck auf die Tierhaltung wird einmal mehr erhöht und der Strukturwandel weiter angeheizt.

- [Düngeverordnung: Durchbruch der Länder offensichtlich erreicht](#)
- [Umweltausschuss verlangt Änderungen an der Düngeverordnung](#)
- [Bundesrat stimmt Änderung des Düngegesetzes zu](#)
- [Reform der Düngegesetzgebung: Neue Regelungen bereits für Herbstbestellung 2017?](#)
- [Düngerecht: SPD und CDU einigen sich nun doch bei der Stoffstrombilanz](#)

Neue Düngeverordnung ist beschlossen

Top Agrar - 31.03.2017 - Stefanie Awater-Esper

Bundesrat hat am heutigen Freitag die Reform der **Düngeverordnung** endgültig beschlossen. Damit hat der Kompromiss von **Bund** und Ländern von Ende letzter Woche gehalten. Die Regeln können damit ab Herbst 2017 in Kraft sein. ... **Zu der gleichzeitig auf den Weg gebrachten **Verordnung** zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen mit speziellen Anforderungen für JGS- (Jauche-, **Gülle**- und Silagesickersaft) Anlagen betonte **Rukwied**, dass für bestehende Anlagen ein weitgehender **Bestandsschutz** erreicht worden sei. Die ursprünglich für alle bestehenden Anlagen geforderte Sachverständigenprüfung und Nachrüstpflicht für eine Leckage-Erkennung hätte das **Aus** für viele **Betriebe** bedeutet und sei vom Tisch. Auch in Zukunft wird die Dichtigkeit von **JGS-Anlagen** von den zuständigen Länderbehörden überwacht, wie dies auch in der Vergangenheit praktiziert wurde.**

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Acker-Agrarwetter-Ackernews-Neue-Duengeverordnung-ist-beschlossen-8060046.html>

PRESSEMITTEILUNG / 30.03.2017

Bauernbund zum Braunkohle-Aus: Gemeinsamer Kampf hat sich gelohnt

Mit Genugtuung hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, auf die heute bekannt gegebene Entscheidung der LEAG reagiert, die Planungen für einen Braunkohle-Tagebau Jänschwalde-Nord nicht weiter zu verfolgen. „Bereits vor zehn Jahren haben wir erklärt, die Vernichtung wertvollen Ackerlandes und der Jahrhunderte alten Dörfer Kerkwitz, Grabko und Atterwasch ist durch nichts zu rechtfertigen“, sagte Bauernbund-Vorstand Christoph Schilka, Landwirt aus Guhrow im Spreewald: „Ich beglückwünsche unsere Mitglieder

Uli Schulz, Guido Dammaschke und Klaus Albinus, die diese schlimme Bedrohung ausgehalten und ihre Bauernhöfe in Atterwasch erfolgreich weiter geführt haben. Unser gemeinsamer Kampf hat sich gelohnt.“ Der Bauernbund hatte mit den örtlichen Landwirten und der Feuerwehr seit 2012 jedes Jahr ein Dorffest für Heimat und Zukunft in Atterwasch veranstaltet.

Scharfe Kritik übte Schilka an der Energiepolitik der Landesregierung: „Rot-Rot hat immer zu der rückwärts gewandten Braunkohle-Lobby aus Konzernmanagern und Gewerkschaftsbossen gehalten und damit die wirtschaftliche Modernisierung der Lausitz blockiert. Damit muss jetzt Schluss sein“. Dass die LEAG aufgrund eines Beschlusses der Landesregierung die Bewohner von Proschim nach wie vor im Unklaren lasse, ob ihr Dorf abgebaggert wird, sei ein Unding. Schilka: „In Proschim findet die letzte Auseinandersetzung statt und auch diese werden wir führen. Die Zukunft der Lausitz sind blühende Landschaften, keine trostlosen Abraumhalden.“

<http://www.bauernbund-brandenburg.de/index.php/8-pressemitteilungen/148-bauernbund-zum-braunkohle-aus-gemeinsamer-kampf-hat-sich-gelohnt>

NDR - 30.03.2017

Ist die Trecker-Maut bald Geschichte?

Die sogenannte Trecker-Maut hat die Gemeinde Wardenburg im Landkreis Oldenburg über die Region hinaus bekannt gemacht. Die Gemeinde hatte die Maut für schwere landwirtschaftliche Fahrzeuge eingeführt, um mit den Einnahmen Schäden an den Gemeindestraßen zu reparieren. 2015 startete eine zweijährige Testphase. Die ist nun vorüber - und eines scheint ziemlich klar: Die Trecker-Maut ist ein Flop. Die Einnahmen liegen weit unter dem, was sich die Lokalpolitiker erhofft hatten. Am Donnerstagabend wollte der Hoch- und Tiefbauausschuss der Gemeinde Wardenburg Bilanz ziehen. Und darüber diskutieren, ob es andere Möglichkeiten gibt, um an das Geld für die Sanierung der Gemeindestraßen zu kommen.

Mit Einnahmen in Höhe von 200.000 Euro innerhalb von zwei Jahren hatte die Gemeinde Wardenburg gerechnet. Tatsächlich sind seit 2015 gerade mal 38.000 Euro zusammengekommen - nach rund 25.500 im ersten Jahr folgten nur noch etwa 12.500 im zweiten. Ein Problem ist die Kontrolle der Regelung. Landwirte, die die Maut nicht zahlen, werden offenbar so selten erwischt, dass es sich für sie eher lohnt, dann ein Bußgeld zu zahlen.

Landwirte lehnen die Maut ohnehin schon seit ihrer Einführung ab. "Genau das hatten wir vorhergesagt", so Jürgen Seeger vom Kreislandvolkverband Oldenburg angesichts der geringen Maut-Einnahmen. Vielleicht sei die Gebühr einen Test wert gewesen, räumt er ein, das Ergebnis spreche aber Bände. Das Kreislandvolk habe von Beginn an dafür plädiert, statt einer Maut die Grundsteuer zu erhöhen. Das wäre gerechter gewesen, so der Vorsitzende.

NDR - 30.03.2017

Mehr Arbeit für die Gülle-Vermittler

Der Bundesrat will am Freitag die Novelle der Düngeverordnung verabschieden. Landwirte dürfen dann künftig weniger Nährstoffe auf ihre Flächen ausbringen. Künftig müssen größere Betriebe in einer sogenannten Stoffstrombilanz nachweisen, welche Mengen an Gülle oder Mist sie auf die Felder kippen. Das betrifft vor allem Regionen mit hoher Tierdichte wie das Emsland. Wohin aber mit dem überschüssigen Mist und der Gülle? Im Emsland und in der Grafschaft Bentheim kümmert sich der Agrovermittlungsdienst schon seit rund 25 Jahren um diese Frage - zunächst innerhalb der Region, mittlerweile für ganz Norddeutschland. Die Tochtergesellschaft des emsländischen Landvolks hat im Moment viel zu tun. Es ist Pflanzzeit und damit Hochsaison.

450 Betriebe geben ab, 600 nehmen an

Bei Arnold Bosmann aus Neuenhaus klingelt ständig das Telefon. Bosmann koordiniert die Nährstoffwege in der Grafschaft Bentheim. "Wir vermitteln Gülle und Geflügelmist", sagt er. Die Landwirte rufen an und geben Bescheid, wie viel Gülle sie abgeben wollen. Und andere Betriebe geben Bescheid, wie viel sie aufnehmen können. "Und da vermitteln wir von einem Betrieb zum anderen. Ihm zufolge sind es etwa 450 Betriebe, die Nährstoffe an etwa 600 abgeben. "Diese Betriebe liegen aber nicht alle in der Grafschaft Bentheim, sondern verstreut über Norddeutschland", so Bosmann. Dafür, dass sie ihren Mist oder ihre Gülle loswerden können, müssen die Landwirte zahlen: Pro Kubikmeter Gülle oder Gärreste aus Biogasanlagen fallen durchschnittlich 7,50 Euro an, eine Tonne Geflügelmist kostet bis zu zehn Euro.

Hunderttausende Kubikmeter werden vermittelt

Auch in Lingen und Aschendorf kümmern sich die Mitarbeiter des Agrovermittlungsdienstes um Nährstoffe aus Tierhaltung und Biogasanlagen. Seit es den Agrovermittlungsdienst gibt, hat sich die Menge von Mist und Gülle verzwanzigfacht, schätzt dessen Geschäftsführer Lambert Hurink. Zusammen vermitteln sie jährlich 150.000 Tonnen Hühnermist und 25.000 Kubikmeter Gülle aus dem Emsland und der Grafschaft nach Ostniedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder in die Kölner Bucht. 300.000 Kubikmeter Gülle sind es gar innerhalb der Region. Alle Transporte würden genau dokumentiert, sagt Hurink. Sowohl Abgeber als auch Transporteur und der Abnehmer müssten den Lieferschein unterschreiben. "Das ist einzigartig in Niedersachsen", sagt Hurink. Einzigartig auch deshalb, weil ein Kooperationsvertrag mit Landkreis und Landwirtschaftskammer die Transparenz garantieren soll.

Strengere Regeln, mehr Transporte

Dank der Gülletransporte hält die Region im Nährstoffbericht derzeit noch die Grenzwerte ein. Und das wird so bleiben, glaubt Hurink, der auch Geschäftsführer des emsländischen Landvolks ist. Die Zahlen der Sauen- und Geflügelbestände seien aufgrund der Tierwohlinitiative in der Region gesunken. "Somit fallen auch weniger Nährstoffe an." Und wenn ab Freitag weniger Dünger ausgebracht werden darf, werde noch mehr Gülle exportiert, so Hurink. Für Arnold Bosmann und seine Kollegen bedeutet das: Sie müssen dann wohl noch mehr Transporte organisieren.

Die weltweit größten Windkraft-Konzerne:

Vestas - Dänemark – 15,8% Marktanteil

Siemens – Deutschland – 13,1%

General Electric – USA - 12,1 %

Goldwind – China – 11,7%

Enercon – Deutschland – 6,8%

Nordex Accion – Deutschland – 4,8%

- danach 7 weitere chinesische Firmen und die deutsche Senvion...

<http://www.wiwo.de/unternehmen/energie/erneuerbare-energien-die-groessten-windkraft-konzerne-der-welt/19575384.html#image>

Deutschlandfunk - 31.03.2017

"Leadership for Syria" Wie junge Syrer den Wiederaufbau ihres Landes vorbereiten

Hunderttausende Menschen sind in den vergangenen Jahren aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Deutschland geflüchtet. Einige wollen aber nicht für immer hier bleiben. An der Universität Konstanz wird eine Gruppe junger Syrer und Syrerinnen in einem speziellen Lern- und Trainingsprogramm auf den Wiederaufbau ihres Landes vorbereitet.

Von Thomas Wagner

"Ich habe viel auf Deutsch gelernt. Das ist aber keine einfache Sprache. Deswegen: Das braucht ein bisschen Zeit."

"Ein paar Wörter, die ich schon gelernt habe. Vielleicht: Integration, Führungskompetenz."

Murat und Oma, jeweils Mitte 20, sprechen bereits ganz passabel Deutsch. Murat studiert in Deutschland Internationale Beziehungen, Omar Biotechnologie jeweils im Master. Dabei sind Murat und Omar nicht die wahren Namen der beiden jungen syrischen Studierenden.

"Sicher, das ist brandgefährlich. Wir hören immer wieder davon, wie Familienmitglieder zuhause angegriffen werden, wenn sich Verwandte kritisch in europäischen Medien äußern."

Wenn's komplizierter wird, reden Murat und Oma lieber auf Englisch weiter. Dabei ist das, was sie zu sagen haben außergewöhnlich: Während viele syrische Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, haben die beiden einen ganz anderen Plan: Sie wollen wieder zurück, nach Syrien. Sie wollen Aufbauhilfe leisten in ihrem Heimatland.

"Mein Hauptmotiv: Syrien – das ist mein Land, meine Heimat. Und ich möchte etwas dazu beitragen, das dieses Land, in dem ich aufgewachsen bin, in dem ich meine Ausbildung bekommen habe, wieder auf die Beine kommt."

"23 Jahre lang habe ich in Syrien gelebt, bin dort aufgewachsen. Dieses Land hat mir viel gegeben. Und ich finde: Ich habe etwas davon meinem Land zurückzugeben. Der Tag wird kommen, an dem wir die Ärmel hochkrempeln und Syrien wiederaufbauen."

Wiederaufbau in Syrien: mehr als nur der Neubau von Straßen oder Häusern

So ähnlich wie Murat und Omar denken jene 190 weiteren syrischen Studierenden, die am Programm "Leadership for Syria" des Deutschen Akademischen Austauschdienstes teilnehmen. Das Ziel: Die jungen Frauen und Männer aus Syrien sollen neben ihrem Fachstudium fit gemacht werden für die spätere Aufbauarbeit in ihrem Heimatland.

"Heute haben wir mit unserem Face-to-Face-Workshop begonnen. Wir lernen dabei, wie man eine Gruppe, eine Organisation, eine Verwaltung leitet. Und das ist sehr wichtig: Wir lernen, wie man ein neues Syrien aufbaut. Es geht um soziale, politische Kenntnisse, die man dazu benötigt – ein Lern- und Trainingsprogramm, das die Universität Konstanz ausgearbeitet hat."

Die wurde mit der Ausarbeitung des Lern- und Trainingsprogramms für die rückkehrwilligen syrischen Flüchtlinge beauftragt. Derzeit explodieren in Syrien weiter Bomben, Tag für Tag. Und so wird es, glaubt Omar, noch lange dauern, bis er das Wissen, das er sich derzeit aneignet, in Syrien anwenden kann.

"Ich denke, so in fünf bis zehn Jahre können wir an eine Rückkehr denken. Syrien wird dann nicht so sein wie vor dem Krieg. Aber zumindest werden wir dann Frieden haben."

Murat dagegen will nicht so lange warten.

"Wiederaufbau in Syrien – das ist mehr als nur der Neubau von Straßen oder Häuser. Ich denke an die rund fünf Millionen Syrer, die in die Nachbarländer geflüchtet sind und dort unter fürchterlichen Bedingungen leben. Ich will dort hingehen, helfen, gleich nach Abschluss meines Studium in Deutschland. Die Kinder, die dort leben, sind die Zukunft Syriens. Und sie brauchen unsere Hilfe jetzt. Und wir dürfen nicht warten, bis der Krieg zu Ende ist."

http://www.deutschlandfunk.de/leadership-for-syria-wie-junge-syrer-den-wiederaufbau-ihres.1773.de.html?dram:article_id=382724

ZEIT - Hintergrund | 30.03.2017 | Spektrum.de ERNÄHRUNG: Fleischlos in die Zukunft?

Die vegetarische und insbesondere die vegane Kost sind umweltfreundlicher und moralisch vertretbarer als der Konsum tierischer Produkte. Oder doch nicht? Im Detail ist die Sachlage kompliziert.

von [Janosch Deeg](#)

Immer mehr Menschen ernähren sich vegetarisch oder gar vegan. Das verspricht nicht nur Gesundheit für den Einzelnen, sondern auch ökologische Nachhaltigkeit für die Gesellschaft. Wäre es also aus Umweltschutzgründen vernünftig, wenn wir vollständig auf tierische Produkte verzichten würden?

Eine Landwirtschaft ganz ohne Nutztiere wäre zumindest denkbar, meint Ute Knierim, Professorin an der Universität Kassel – aber nicht unbedingt sinnvoll. Die Agrarwissenschaftlerin forscht schwerpunktmäßig im Bereich Tierhaltung in der ökologischen Landwirtschaft. Natürlich könne man auch ohne Vieh wirtschaften, wie einige Betriebe vorleben. Doch würde das flächendeckend geschehen, wäre das mit großen Herausforderungen verbunden, glaubt Knierim – und global betrachtet würde sich unsere Gesellschaft umfassend verändern müssen. Ganz besonders gilt das wohl für Landstriche, wo sich große Teile der Agrarflächen nicht als Anbaufläche eignen, zum Beispiel in Berg- oder Trockenregionen. Hier liefert die Beweidung mit Vieh proteinreiche Nahrung, Arbeitsplätze und Einkommensquellen. In manchen Fällen sind die Produkte aus der Weidehaltung sogar die wichtigste oder gar nahezu einzige Nahrungsquelle der dort lebenden Menschen – man denke etwa an Ziegenhirten in Steppengebieten.

Nutztiere schließen den ökologischen Kreislauf

Es gibt aber auch gute Gründe, die Viehhaltung hier zu Lande nicht vollständig aufzugeben. "Ein Grundgedanke der ökologischen Landwirtschaft ist, dass Nutztiere ein wichtiges Glied im Betriebskreislauf sind", sagt Knierim. "Sie tragen dazu bei, dass die Nährstoffkreisläufe besser geschlossen werden können."

Mit den Tieren lassen sich vielfältige [Fruchtfolgen](#) im Ackerbau optimal umsetzen, also der regelmäßige Wechsel der angebauten Pflanzen auf einer Fläche. Dabei achten die Landwirte darauf, ein und dieselbe Feldfrucht erst nach einem ausreichend langen zeitlichen Abstand erneut anzubauen. Zwischendurch setzen sie etwa Stickstoff bindende Pflanzen ein, so genannte [Leguminosen](#), um den Boden dauerhaft fruchtbar und ertragreich zu erhalten. Manche dieser Pflanzen, die Teil einer sinnvollen Fruchtfolge sind, können die Bauern unmittelbar verfüttern – an Tiere, deren Ausscheidungen wiederum die Felder düngen. So integrieren sich Nutztiere optimal in den Nährstoffkreislauf.

Freilich gilt das nur, wenn ihre Anzahl ein vernünftiges Maß nicht überschreitet. Abgeschätzt wird das, erklärt Knierim, unter anderem anhand der Menge an Ausscheidungen, welche die Tiere produzieren: Sie sollten zu einer sinnvollen Düngung der bewirtschafteten Anbauflächen genutzt werden können. Die EU-Ökoverordnung bindet die Zahl der Tiere, die ein Landwirt auf seinem Betrieb halten darf, daher an die bewirtschaftete Fläche und begrenzt dadurch die Düngungsintensität. Doch ebenso wichtig ist es, ob ein Bauer seine Tiere von den eigenen Erzeugnissen ernähren kann – idealerweise sogar ausschließlich. Das kann relativ einfach oder unmöglich sein, da es von den Produkten eines Betriebs und den geografischen Voraussetzungen abhängt.

Klar ist, dass [zahlreiche konventionelle Landwirtschaftsbetriebe solche Kriterien nicht erfüllen](#) – die Anzahl der gehaltenen Tiere pro Fläche ist häufig zu hoch. Unter der Belastung durch die Ausscheidungen leiden neben den Tieren der Boden und das Grundwasser. Zudem weidet das Vieh eben meist nicht auf Bergwiesen, sondern bekommt Futter, das prinzipiell auch Menschen als Nahrung zur Verfügung stehen

könnte; oder zumindest ließen sich auf den Flächen statt Futter- Lebensmittel anbauen. Und da die Tiere mehr fressen als das, was am Ende an tierischen Produkten herauskommt, ist die Herstellung in der Regel ineffizient. Die Folge ist ein höherer Energie- und Flächenverbrauch und damit eine stärkere Belastung der Umwelt im Vergleich zur Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln.

Was hinten rauskommt – Treibhausgas und Klimaziele

Ferner entweichen dem Vieh Treibhausgase. Ihr Beitrag zum Klimawandel lässt sich allerdings nur schwer genau beziffern. Denn ganz generell gilt: Die Ermittlung von Emissionswerten von Nahrungsmitteln ist äußerst komplex. Das machte der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und Verbraucherschutz, dem auch Knierim angehört, in [einem Klimaschutzgutachten von 2016](#) deutlich: Aufgewandte Energie, Transport und Lagerung müssen in die Bilanz einfließen, also bei Fleisch sowie Milchprodukten neben den Tieren selbst auch ihr Futter und die unterschiedlichen Haltungsarten sowie deren Auswirkungen. Unter dem Strich kann so bei jedem Produkt ein ganz unterschiedlicher Emissionswert herauskommen.

In diesem Punkt schneidet regionales Gemüse dabei tatsächlich im Durchschnitt am besten ab. Bemerkenswerterweise weist Käse im Allgemeinen deutlich mehr Treibhausgasemissionen pro erzeugtem Kilogramm auf als Schweinefleisch oder Geflügel. Milch, Fisch und Krustentiere haben eine Bilanz, die nicht so viel schlechter ist als die von Getreide. Butter erscheint dagegen mit den höchsten Werten pro Kilogramm sogar noch vor Rindfleisch als wahrer Klimakiller. Klar ist aber auch, dass viel weniger Butter verspeist wird als Fleisch. Die absoluten Treibhausgasemissionen dieses Produkts fallen dementsprechend nicht so sehr ins Gewicht.

Kurz: [Viele Parameter spielen bei der Berechnung eine Rolle](#), deshalb fallen Pauschalempfehlungen schwer. Auch der Wissenschaftliche Beirat empfiehlt mit Blick auf den Klimaschutz Menschen nicht generell, vollständig auf Fleisch oder alle tierischen Produkte zu verzichten: Es gehe vielmehr darum, "den Konsum auf ein ernährungsphysiologisch ausgewogenes und zugleich klimafreundliches Maß" zu reduzieren. Eindeutig bleibt aber, dass selbst eine vollständige Abschaffung der Nutztiere nur einen kleinen Beitrag leisten könnte, die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Langfristig sollen demnach die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 senken.

Auf die Landwirtschaft – nicht nur auf die Viehhaltung, sondern auch auf Ackerbau und Grünland – entfielen 2014 rund elf Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands, das sind ungefähr 104 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (CO₂-Äq). Gemäß Daten aus dem Jahr 2006 machten die Emissionen, die bei der Herstellung, Vermarktung und Zubereitung der 2006 in Deutschland verzehrten und weggeworfenen Lebensmittel anfielen, rund ein Viertel der Gesamtmenge der Treibhausgasemissionen in Deutschland aus. Davon könnte die Landwirtschaft, schätzt der Beirat, durch ambitionierten Klimaschutz etwa 40 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent einsparen – und der Konsument immerhin weitere rund 35 Millionen Tonnen. Dabei bietet die Reduzierung tierischer Produkte durchaus Potenzial: Würden die Verbraucher die Empfehlungen des Gutachtens vollständig umsetzen, ließe sich die Emission von 22 Millionen Tonnen CO₂-Äq verhindern, wie die Experten schätzen, also etwas mehr als zwei Prozent der Gesamtmenge. Und reduzierte man tatsächlich konsequent die Nutztiere, ließen sich

wohl zusätzlich Agrarflächen in ursprüngliche Landschaften wie Wälder und Moore umwandeln, die wiederum mehr Treibhausgase binden.

Mischkalkulation: Tierwohl gegen Klimaschutz

Mit Blick auf Klimaschutzziele ist unsere Ernährung demnach weder ein unerheblicher noch ein ausschlaggebender Faktor: Eine überwiegend pflanzliche Ernährung verringert unseren CO₂-Fußabdruck, noch deutlich kleiner aber wird er durch andere Maßnahmen, etwa durch den Verzicht auf Flugreisen und regelmäßiges Autofahren oder beim Energieverbrauch im Alltag. Dabei wird eines allerdings oft vergessen: Solche Anstrengung könnten als Nebeneffekt auch wieder dem Tierwohl nützen. Denn "je mehr die Menschen bereit sind, ihren Lebensstil zurückzufahren, desto mehr kann man den Tieren entgegenkommen", sagt Knierim – etwa indem man ihre Haltungsbedingungen verbessert. Auch diese Abwägung ist oft komplex und von vielen Faktoren abhängig, die man durchaus unterschiedlich gewichten kann. Ein Beispiel ist die Milchleistung der Kuh, erklärt die Expertin. "Je höher die Leistung einer einzelnen Kuh, desto geringer die Umweltauswirkung jedes erzeugten Liters Milch." Und die Milchmenge kann etwa durch mehr Kraftfutter erhöht werden. Allerdings verdrängt sein Herstellungsprozess Grasweiden, die CO₂ binden. Zudem werden solche Hochleistungsmilchkühe öfter krank und leben kürzer; die männlichen Nachfahren lassen sich schwerer mästen und schlechter vermarkten. "Wenn man das alles mit bedenkt, kommt man zu dem Schluss, dass auch aus Umweltsicht die höchste Milchleistung nicht automatisch die beste ist."

Dann eben Fleisch ohne Tier?

Eine der prominentesten Personen, die eine andere – hochtechnologische – Lösung am Horizont sehen, ist der Philosoph Richard David Precht: In öffentlichen Auftritten und in seinem neuesten Buch "Tiere denken" zeichnet er das Bild einer Gesellschaft ohne Nutztierhaltung, aber mit Fleisch; dieses gleichwohl aus dem Labor und nicht von der Weide. Er schreibt: "Dem Fleisch ohne Schlachthöfe und Tierleid dürfte die Zukunft gehören." Die Entwicklung dazu hat spätestens seit 2012 an Fahrt aufgenommen: Damals verspeisten niederländische Wissenschaftler den ersten Hamburger mit künstlicher Fleischbulette. Das Medieninteresse war beachtlich. Das lag nicht nur daran, dass es sich um Laborfleisch handelte, sondern auch an dem [stolzen Preis von rund 325 000 US-Dollar](#). Doch mittlerweile sind es laut den beteiligten Forschern nur noch etwas über zehn Dollar pro Hamburger. Angeblich werde die eigens dafür gegründete Firma namens "Mosa Meat" innerhalb der nächsten Jahre dieses künstliche Fleisch auf den Markt bringen, wie der Mitarbeiter Peter Verstrate [gegenüber der BBC im Jahr 2015 mitteilte](#). Kritiker bemängeln jedoch, dass man bei der Methode eine Nährlösung benötigt, die aus dem Blut ungeborener Kälber gewonnen wird. Vegan ist das künstliche Hack deshalb nicht. Unterdessen hat ein [Start-up Unternehmen aus San Francisco](#) künstliches Geflügelfleisch entwickelt – angeblich ohne den Einsatz dieses tierischen Serums. Im [März 2017 lud die Firma zur Verkostung](#): Es gab frittiertes Hühnchen und Ente in Orangensoße. Die Testesser sollen sich begeistert gezeigt haben, und vielleicht könnten die Gerichte sogar für den ein oder anderen überzeugten Veganer in Frage kommen.

Knierim ist jedoch skeptisch, ob der Konsument solche Produkte annehmen wird: "Ich glaube, viele Leute werden wegen des Laborcharakters Vorbehalte haben." Precht hingegen prognostiziert, es werde zukünftigen Generationen sogar seltsam

erscheinen, dass es einst Zeiten gab, in denen man Tiere für Fleisch töten musste. Doch ist eine Gesellschaft ganz ohne Nutztiere wirklich erstrebenswert? Knierim erinnert in diesem Zusammenhang daran, wie eng die Entwicklung der Menschheit mit den Nutztieren verknüpft ist. "Den Lebensstandard, den wir heute erreicht haben, verdanken wir auch unseren Nutztieren." Das allein sollte eigentlich ausreichen, diesen Lebewesen mit dem nötigen Respekt zu begegnen – was auch impliziert, weniger von ihnen zu essen.

ZEIT - 31. März 2017

Migration: Auf nach Europa? Nein, nach Afrika

Zig Millionen Afrikaner kämen bald nach Europa, sagt der EU-Parlamentspräsident. In Wahrheit migrieren die meisten innerhalb Afrikas. Die Panik-Prognosen taugen nichts.

Von **Christiane Grefe**

... Krieg, Terror, ökologische Krisen und Armut trieben die Menschen aus Ländern südlich der Sahara in Richtung Norden, warnte zum Beispiel gerade der Präsident des Europäischen Parlaments in einem Interview mit der Zeitung Die Welt. Bis zu 30 Millionen Afrikaner könnten schon innerhalb der nächsten zehn Jahre in die EU kommen, sagte Antonio Tajani von der konservativen Forza Italia.

Solche konkreten Daten vermitteln den Anschein einer genauen Hochrechnung und schüren Ängste vor unbewältigbaren Fluchtbewegungen. Dabei sagten sie die Zukunft nur "etwa so präzise voraus wie Bauernregeln", sagt der Migrationsexperte Benjamin Schraven vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Viel zu viele Unwägbarkeiten und fragwürdige Annahmen lägen den Zahlen zugrunde. Wie ungewiss etwa Aussagen über Umweltmigration sind, zeigt ein Atlas zu diesem Thema, der in wenigen Tagen erscheint. Die Schätzungen über ihr künftiges Ausmaß liegen um ein Mehrfaches auseinander.

Das Bild von der Völkerwanderung in Richtung Europa verzerrt auch die Gegenwart, kritisiert Jochen Oltmer, Migrationsforscher von der Universität Osnabrück. Denn die allermeisten Flüchtlinge und Migranten wandern gar nicht übers Meer nach Norden und Westen. Vielmehr bewegen sie sich innerhalb des eigenen Kontinents. Für diesen Teil der Wirklichkeit fehle Europa in seiner "realitätsverweigernden" Konzentration auf die Abwehr neuer Ankömmlinge allerdings die politische Aufmerksamkeit.

Die meisten Flüchtlinge leben bei den Armen

Wie groß ist die Migrationsbewegung wirklich? Es gibt nur wenig verlässliche Daten, wenn man alle Motive eines langfristigen oder auch nur saisonalen Aufbruchs einbeziehen will, von den Folgen des Klimawandels über die Flucht vor Krieg und Katastrophen bis zur Hoffnung auf Bildung und Jobs. In vielen afrikanischen Ländern fehlt den Statistikbüros die notwendige Ausstattung, um alle Wanderungen zu erfassen.

Relativ genau ist nur die Zahl jener Verzweifelten bekannt, die gezwungen sind, politischer Verfolgung, Konflikten und anderen Zwangslagen in ihrer Heimat zu entkommen. Laut dem jüngsten Bericht des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen waren das im Jahr 2015 weltweit 65 Millionen Menschen, darunter etwa 16 Millionen in Afrika. Deutlich mehr als die Hälfte dieser Vertriebenen retteten sich in andere Regionen ihres Herkunftslandes, schon weil ihnen das Geld fehlte, auszureisen. Wenn die übrigen ihre nationale Grenze überschreiten, dann suchen sie fast immer Zuflucht im nächstgelegenen Nachbarstaat. Aus dem Nordosten Nigerias etwa brachten sich in den letzten Jahren 2,2 Millionen Menschen aus Furcht vor den Islamisten von Boko Haram in anderen Landesteilen in Sicherheit. 180.000 haben das Land verlassen, zum allergrößten Teil nach Kamerun und Tschad.

Das heißt: Die meisten gewaltsam Vertriebenen Afrikas leben bei den Armen. Dschibuti zum Beispiel hat nur eine Million Einwohner und steht auf dem Index für menschliche Entwicklung von 182 Ländern auf Platz 172. Der winzige Staat am Horn von Afrika ist Durchgangsstation und Aufenthaltsort für rund 22.000 Flüchtlinge aus Somalia, Äthiopien und Eritrea und nimmt seit dem vergangenen Jahr zusätzlich Hunderte von Familien aus dem Jemen auf. Wenn man die Zahl der Migranten pro Einwohner rechnet, liegt Dschibuti weit über den großzügigsten europäischen Aufnahmeländern Deutschland oder Schweden.

Uganda steht auf dem UN-Entwicklungsindex kaum besser da, doch es beherbergt bei 40 Millionen Einwohnern rund 1,5 Millionen Flüchtlinge. Sie kommen aus Kongo oder (allein 700.000) aus Südsudan, wo sich Dinka und Nuer seit vergangenem Jahr wieder verschärft brutale Machtkämpfe liefern. Auch Äthiopien und Kenia haben Hunderttausende südsudanesischen Vertriebenen aufgenommen. Ebenso das ärmste Land der Welt, die Zentralafrikanische Republik.

Ein Stück Land für jede Familie

Versorgt werden diese Menschen von privaten Hilfsorganisationen und den Vereinten Nationen in Lagern. Die meisten aber kommen bei Familien oder Verwandten im Nachbarland unter, oder sie leben in städtischen Siedlungen. Dort benötigen sie Trinkwasser, Gesundheitszentren und Schulen. Sie beanspruchen also eine Infrastruktur, die meist ohnehin nur unzulänglich ausgestattet ist – wenn es sie gibt.

Nicht nur deshalb wachsen auch in afrikanischen Gesellschaften oft Vorbehalte und Spannungen gegenüber Flüchtlingen. Kenia wollte das große Flüchtlingslager Daadab auflösen, weil dort somalische Terrororganisationen Gewalt stiften könnten; die Pläne liegen derzeit auf Eis. In Südafrika brandeten mehrmals Gewaltkonflikte auf. Einwanderer wurden als Konkurrenz um Jobs gesehen.

Doch einige Regierungen haben sehr liberale Integrationspolitiken. Tansania etwa nimmt schon seit den siebziger Jahren in Wellen immer wieder Flüchtlinge aus Burundi auf und hat im vergangenen Jahr fast 200.000 von ihnen eingebürgert. Uganda stellt den Familien ein kleines Stück Land zur Verfügung, damit sie sich selbst versorgen können, und sie dürfen von Anfang an arbeiten.

19 Millionen überschreiten Grenzen

Bezieht man jene Menschen ein, die auf der Suche nach Jobs oder einer Ausbildung ihr Land verlassen, so gibt es heute laut UN-Angaben insgesamt 19 Millionen

internationale Migranten aus afrikanischen Staaten. Weniger als ein Viertel von ihnen lebt in Europa. Der Migrationsforscher Jochen Oltmer resümiert: "Die Länder Afrikas leisten deutlich mehr als wir."

Und das, obwohl sie meist ohnehin schon enorme interne Wanderungsbewegungen ihrer eigenen Bevölkerung bewältigen müssen. Viele Bauern entfliehen der Armut oder den knappen Ressourcen in trockenen Binnenregionen und ziehen an die Küsten. Dort erhoffen sie sich Arbeit in Häfen oder auf Plantagen. Große Städte platzen aus allen Nähten.

Die Überforderung dieses Urbanisierungsprozesses und alle anderen Krisen machen es zwar sehr wahrscheinlich, dass sich in Zukunft vor allem mehr junge Leute auch in reichere Länder aufmachen werden. Doch wie viele, das wird von einer Vielzahl von unvorhersehbaren Entwicklungen und politischen Entscheidungen bestimmt.

Viele gehen nach China

So könnte sich die Richtung der Migration in Zukunft auch stärker nach Osten ändern, wenn es dort Chancen geben sollte, Arbeit zu finden. China zum Beispiel nimmt bereits mehr Menschen aus Afrika auf als früher.

Ob sich Menschen auf den Weg machen, wird zudem davon abhängen, wie gut internationale Geber die Versorgung der Flüchtlinge in Afrika unterstützen. Die Welternährungsorganisation WFP muss ebenso wie das UN-Flüchtlingswerk UNHCR immer wieder betteln gehen und oft lange auf Zuwendungen warten, sodass die Menschen schlecht versorgt werden. Afrikanische Aufnahmeländer bräuchten auch mehr Unterstützung bei nationalen und überregionalen Migrations- und Integrationsprojekten, fordern Wissenschaftler. Eine entschlossene Klima- und Ressourcenpolitik kann Umweltmigration verhindern. Vor allem müssen ernst gemeinte entwicklungspolitische Anstrengungen und fairere Handelsregeln bessere Lebensbedingungen in afrikanischen Ländern ermöglichen.

Tatsächlich wollte auch der EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani in seinem *Welt-*Interview mit der 30 Millionen-Beschwörung seine Aufforderung an die Europäer unterstreichen, dass sie sich stärker für die Lösung der "zentralen Probleme in afrikanischen Staaten" einsetzen sollten. Überzeugender wären solche Appelle allerdings ohne einseitige Darstellungen und Scheinprognosen, die eher Ressentiments schüren als die Bereitschaft wecken, zu teilen.

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/afrika-migration-europa-eu-fluechtlinge-hunger>

MONITOR vom 30.03.2017

Martin Schulz und die Krankenschwester: Soziale Gerechtigkeit à la SPD

Bericht: Achim Pollmeier, Lutz Polanz, Gitti Müller

Georg Restle: „Was hat der Kanzlerkandidat der SPD Martin Schulz mit einer Krankenschwester zu tun? Eine ganze Menge. Eine Krankenschwester repräsentiert nämlich wie kaum eine andere Person die Mitte dieser Gesellschaft. Ihr Einkommen liegt ziemlich genau im Durchschnitt - und doch kann sie davon kaum eine Familie ernähren. Das muss sich ändern, verspricht Martin Schulz. Und verschweigt dabei, dass gerade die SPD wesentlich mit dazu beigetragen hat, dass auch Krankenschwestern heute kaum mehr verdienen als vor knapp 20 Jahren. Lutz Polanz, Gitti Müller und Achim Pollmeier haben da mal ganz genau nachgerechnet.“

Martin Schulz: „Wir wollen, dass es in unserem Land gerechter zugeht ... Das ist die Aufgabe der SPD für Gerechtigkeit zu sorgen ... Also Leute, lasst uns anpacken, lasst uns unser Land gerechter machen.“

Unser Land gerechter machen. Ein Ruck geht durch die SPD - Zeit für Martin Schulz, heißt es. Zeit für mehr Gerechtigkeit, vor allem für die hart arbeitende Mittelschicht.

Martin Schulz: „Die Menschen, die in diesem Lande Busse fahren ... die Leute, die in Krankenhäusern arbeiten ... die Polizistin und der Feuerwehrmann ... dass sie sich auf uns verlassen können.“

Aber worauf soll sie sich verlassen? Isabell Franke ist seit 26 Jahren Krankenschwester, eine von denen, über die Martin Schulz ständig spricht. Eine Frau, die jeden Tag hart arbeitet, aber das Gefühl hat, ihre Leistung werde nicht genug gewürdigt.

Isabell Franke, Krankenschwester: „Wenn ich jetzt überlege, was in manchen Berufen verdient werden kann. Und wenn ich überlege, welche Verantwortung man in diesem Beruf dafür hat, ist das mit Sicherheit nicht gerechtfertigt.“

Aber warum? Der Tariflohn für eine Krankenpflegerin steigt jedes Jahr deutlich. 1998 zum Beispiel waren es umgerechnet noch 2.171,- Euro brutto für eine erfahrene Kraft. 2015 3.023,- Euro, fast 40 Prozent mehr. Und selbst wenn man die Inflation abzieht, ist das noch ein ordentliches Plus - aber nur auf den ersten Blick.

Isabell Franke, Krankenschwester: „Also wenn man nur von den Zahlen ausgeht, dann sieht das nach mehr aus. So wird das einem dann auch gezeigt, klar. Aber ich sag jetzt mal gefühlsmäßig würde ich sagen, es ist ungefähr gleich geblieben.“

Das Gefühl trügt nicht. Denn in den letzten 20 Jahren sind noch etliche Belastungen für sie hinzugekommen. Dabei hat ihr schon damals jemand mehr Gerechtigkeit versprochen.

Gerhard Schröder, 10.11.98: „Wir verstehen Leistung in erster Linie als Leistung der Krankenschwester, der Ingenieure, als Leistung der Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Die werden wir entlasten, meine Damen und Herren. Auf die kommt es nämlich an in dieser Zeit und in diesem Land.“

Krankenschwestern und Facharbeiter entlasten. Seit diesem Versprechen war die SPD insgesamt 15 Jahre in der Regierung, stellte die Arbeits- und Sozialminister und baute das Steuer- und Sozialsystem massiv um. Es wurden Zuzahlungen erhöht, neue Abgaben eingeführt, Leistungen gestrichen oder gekürzt. Zum Beispiel die Riester-Rente: SPD-Minister Walter Riester

kürzte die Renten drastisch - die Altersvorsorge wurde teilprivatisiert, vor allem zu Lasten der Mittelschicht. Gleiches gilt für die höheren Arbeitnehmeranteile an der Krankenversicherung. Eingeführt ausgerechnet von SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt. Arbeitnehmer werden seither zusätzlich zur Kasse gebeten. Besonders ins Gewicht fällt auch die Mehrwertsteuererhöhung. Gegen die eigenen Wahlversprechen hob SPD-Finanzminister Peer Steinbrück die Steuer 2007 von 16 auf 19 Prozent an. Wie sich all diese Reformen ausgewirkt haben, hat Stefan Bach in einer umfangreichen Studie ermittelt. Dazu wurde erstmals die Gesamtbelastung aus allen Steuern und Sozialabgaben für verschiedene Einkommensgruppen verglichen. Der Trend ist eindeutig.

Stefan Bach, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: „In den letzten 20 Jahren ist die Umverteilungswirkung des Steuersystems zurückgegangen, denn wir haben die hohen Einkommen entlastet, wir haben die Kapitaleinkommen entlastet, die Unternehmen entlastet, die Vermögenssteuer wird nicht mehr erhoben. Die indirekten Steuern wurden angehoben, das belastet eher die unteren und mittleren Einkommen. Und zugleich wurden ja im Rahmen der Sozialreformen auch Leistungen gekürzt. Leistungen, die natürlich bei Leuten mit geringem Einkommen eine viel größere und höhere Bedeutung haben als bei höheren Einkommen.“

Rechnet man die Privatisierung der Altersvorsorge und der Gesundheitsausgaben mit ein, stieg die Gesamtbelastung der durchschnittlichen Krankenschwester von 50,5 auf 54,3 Prozent. Ganz anders bei den oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher: Ihre Gesamtbelastung wurde sogar massiv gesenkt: von 53 Prozent auf 47,3 Prozent. Was sagt dazu eine Krankenschwester, der die SPD seit 20 Jahren mehr Gerechtigkeit verspricht?

Isabell Franke, Krankenschwester: „Das wusste ich gar nicht. Das macht mich jetzt echt ... ja ... ähm, ja ... was soll man dazu sagen? ... sprachlos.“

Eine Krankenschwester oder Altenpflegerin leistet nicht weniger als ein Unternehmensführer, sagt Martin Schulz. Doch was verspricht er ihr konkret? Details eines Hundert-Tage-Programms kündigte er am Wochenende in der Bild am Sonntag an: Managergehälter begrenzen, Arbeitslosengeld 1 reformieren, gleiche Löhne für Männer und Frauen.

Prof. Stefan Sell, Hochschule Koblenz: „Also die bisherigen Ankündigungen von Martin Schulz bewegen sich doch weitestgehend im Bereich der kosmetischen Korrekturen. Wenn man wirklich mehr Gerechtigkeit herstellen will, dann muss man ganz klar Vorschläge machen, wo und wofür wollen Sie im oberen Einkommensbereich mehr Geld wieder für die Umverteilung nach unten abzweigen. Und das scheut man wie der Teufel das Weihwasser.“

Seit 1999 sitzt Martin Schulz im Parteivorstand der SPD. Dass ausgerechnet seine Partei in dieser Zeit die Wohlhabenden entlastet hat - auf Kosten der Mittelschicht - dazu sagt Schulz bisher nichts.

Georg Restle: „Kann er aber noch nachholen. Im Juni will die SPD ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl vorlegen. Spätestens dann werden wir sehen, wie ernst es Martin Schulz tatsächlich meint mit sozialer Gerechtigkeit.“

MONITOR vom 30.03.2017

Milliardenschwere Aufrüstung: Das fragwürdige 2-Prozent-Ziel der NATO

Bericht: Jochen Taßler, Kim Otto, Ralph Hötte

Georg Restle: „Wir diskutieren ja über eine ganze Menge in Deutschland. Über eine Frage allerdings kaum, und das ist erstaunlich. Dabei geht es erst einmal um eine Zahl: Zwei Prozent. Soviel vom BIP will die Bundesregierung künftig für Verteidigung ausgeben. Das hat die Kanzlerin US-Präsident Donald Trump versprochen. Zwei Prozent, das klingt erstmal wenig, bedeutet aber fast eine Verdoppelung des deutschen Rüstungsetats. Und weil Deutschland das ökonomisch stärkste Land in Europa ist, würde es dann den Kontinent auch militärisch dominieren. Hatten wir schon mal. Die Frage ist: Wollen wir das wirklich wieder?“

Donald Trump, US-Präsident (Übersetzung Monitor): „Viele Nationen schulden uns eine Menge Geld. Sie müssen zahlen, was sie uns schulden.“

US-Präsident Trump macht Druck auf die NATO-Partner. Mindestens zwei Prozent ihrer Wirtschaftskraft sollen sie für Rüstung ausgeben. Auf dieses Ziel hatte sich die NATO schon vor Jahren verständigt. Nur gehalten hat sich kaum ein Staat daran. Jetzt dreht sich die Stimmung - und Deutschland geht voran.

Ursula von der Leyen (CDU), Verteidigungsministerin, 15.02.2017: „Wir haben uns alle dazu verpflichtet, dass wir unseren Beitrag auch stufenweise erreichen wollen, und daran arbeiten wir.“

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin, 18.02.2017: „Deutschland hat sich wie alle anderen Staaten auf der NATO-Konferenz in Wales verpflichtet, binnen 10 Jahren das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen.“

Es wäre ein gewaltiger Schritt. Denn derzeit gibt Deutschland nur 1,2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Rüstung aus. 2017 sind 37 Milliarden Euro veranschlagt. Will man das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen, müsste der Etat bis 2024 auf 70,6 Milliarden Euro steigen, fast das Doppelte. Zum Vergleich: Russland gibt derzeit umgerechnet gut 63 Milliarden Euro für sein Militär aus.

Jan van Aken, (Die Linke), Auswärtiger Ausschuss: „Durch diese Kopplung an die Wirtschaftskraft und dass dadurch Deutschland die stärkste Militärmacht in Europa wird, da haben wir eine ganz neue Situation. Bisher war Deutschland zumindestens bis in die 90er Jahre hinein ja eher eine Friedensmacht, eine Friedensmacht gewesen. Und sich plötzlich ganz nach vorne zu katapultieren als stärkste Militärmacht Europas, das ist was ganz Neues. Und ich glaube, da sehen wir auch eine ganz neue militärische Außenpolitik vor uns.“

Wie übermächtig Deutschlands Militär würde, zeigt ein Blick auf die Wirtschaftsleistung der europäischen NATO-Partner. Experten halten daher nichts von einer Koppelung von Wirtschaftskraft und Rüstungsausgaben.

Hans-Georg Ehrhart, Institut für Friedensforschung, Universität Hamburg: „Letztlich kann sie dazu führen, dass diese immensen

Aufrüstungssummen, die dann sozusagen ausgegeben werden müssen bis zum Jahre 2024, einen Rüstungswettlauf in Gang setzen, der nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu viel mehr Unsicherheit führt.“

Denn es ist ja nicht nur Deutschland. Außer den USA geben derzeit nur vier NATO-Staaten mehr als zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Rüstung aus. Würden alle auf diese zwei Prozent erhöhen, würde eine gigantische Rüstungsspirale in Gang gesetzt werden. Nur faire Lastenverteilung sei das, heißt es. Auch von US-Präsident Trump. Allerdings müssten Länder wie die USA, die weit mehr als zwei Prozent investieren, dann auch abrüsten. Aber im Gegenteil. Trump etwa hat gerade erst eine Erhöhung des US-Militärbudgets um 10 Prozent vorgeschlagen.

Jan van Aken, (Die Linke), Auswärtiger Ausschuss: „Wenn wir so viel Geld für Militär ausgeben, dann ist es was wirklich Neues, eine neue Qualität. Dass Außenpolitik nur noch militärisch gedacht wird, und das führt gnadenlos in eine Aufrüstungsspirale, da gibt es ein Wettrüsten mit Russland. Und dann ist Diplomatie weg vom Fenster. Dann geht es nur noch darum, wer hat das stärkere Militär. Und ich glaube, das ist ein absoluter Irrweg.“

Mehr militärische Verantwortung. Das dürfte auch mehr militärische Beteiligung an internationalen Konflikten bedeuten. An Kriegen wie in Syrien oder Afghanistan. Die Frage ist, ob Deutschland das wirklich will.

Kommentar zur Hungersnot in Afrika

TAZ – Dominic Johnson – 31.1.2017

Geld oder Leben

Nur 4,1 Milliarden Euro brauchte die UN, um mehrere Länder in Afrika vor dem Hunger zu bewahren. Ein Bruchteil der Summe kam zusammen.

Im Weltmaßstab sind 4,1 Milliarden Euro nicht viel. Es ist die Summe, die VW in den USA als Strafe für seine Abgasmanipulation zahlt, oder die Nordrhein-Westfalens Steuerprüfer im vergangenen Jahr an Mehreinnahmen generierten.

Es ist auch die Summe, die die Vereinten Nationen bis zum 31. März gebraucht hätten, um rechtzeitig in [Jemen](#), Somalia und [Südsudan](#) sowie Teilen Nigerias rund 25 Millionen Menschen vor der Hungersnot zu bewahren. Gerade mal 2 Prozent dieser Summe waren vorhanden, als UN-Generalsekretär António Guterres Ende Februar den entsprechenden Appell für 4,4 Milliarden US-Dollar startete, um die laut UNO weltweit schwerste humanitäre Krise seit 1945 zu lindern. Nicht eingerechnet darin waren das Desaster namens Syrien, das 13 Millionen Hilfsbedürftige produziert hat, und das Leid in weiteren Dauerelendsgebieten wie im Kongo.

Anzeige

Seit Ende Februar ist viel passiert. US-Präsident Trump hat eine Erhöhung des US-Rüstungsbudgets um 54 Milliarden US-Dollar vorgeschlagen, China hat seinen

Rüstungshaushalt um 10 Milliarden Dollar erhöht. Die EU beziffert in den Brexit-Verhandlungen die von Großbritannien mitzutragenden Pensionsansprüche der 55.000 EU-Beamten auf knapp 64 Milliarden Euro. Und die 4,1 Milliarden der UNO, um 25 Millionen Hungernde zu ernähren? Sind immer noch nicht mal zu einem Fünftel finanziert.

Die jüngsten Daten der Koordinationsstelle der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe (OCHA) sind deutlich: Für Südsudan gibt es bislang 19 Prozent der benötigten Gelder. Für Somalia immerhin 36 Prozent. Für Jemen und Nigeria dagegen jeweils nur 9 Prozent. Weniger Geld für Hilfswerke bedeutet: halbe Rationen in Flüchtlingslagern, kleinere Einkäufe, seltenere Hilfstransporte, also mehr Tote.

Das Sterben passt nicht zum Afro-Optimismus

Humanitäre Hilfe für Afrika ist aus der Mode geraten. Sie passt nicht zum neuen Diskurs des Afro-Optimismus, der Afrika zum Kontinent der aufstrebenden Jugend, der hohen Wachstumsraten und der tollen Zukunftschancen erklärt. Sie passt auch nicht zum Gegendiskurs von Afrika als Gefahrenquelle, die Flüchtlinge und Terroristen produziert.

Der erste dieser Diskurse trägt eine rosarote Brille, der zweite ist Schwarzmalerei. Keiner von ihnen gibt eine Antwort darauf, was zu tun ist, wenn Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren und machtlos zusehen müssen, wie ihre Kinder sterben. Auch in den Medien gilt es inzwischen als unmodern, über Afrika als Krisenkontinent zu berichten, auf dem Menschen Unterstützung benötigen, wo doch Aufbruchstimmung viel schönere Storys hergibt.

Und sicher ist auch richtig: Geld allein löst das Problem nicht. Im Südsudan führt die Regierung aktiv Krieg durch Aushungern gegen Teile der eigenen Bevölkerung und belegt Hilfswerke, die etwas tun wollen, mit horrenden Gebühren. Südsudans Regierung verdient jedes Jahr mehrere Hundert Millionen Euro am Ölexport. Drei Viertel davon gehen für Waffenkäufe drauf, vom Rest verschwindet viel auf privaten Bankkonten. Ein Waffenembargo und Finanzsanktionen für Südsudans Elite würde die Gelder frei machen, die fehlen, um die Bevölkerung vor dem Hungertod zu bewahren.

Die Gelder sind vorhanden

Solche Maßnahmen scheitern im UN-Sicherheitsrat an den Interessen der Waffenexporteure China und Russland und an den afrikanischen Staaten, die keine Präzedenzfälle für den Umgang mit gestohlenen Geldern schaffen wollen. Es verwundert kaum, dass es wenig Resonanz findet, wenn die UNO dann Hilfe für Südsudan fordert.

Das ändert allerdings nichts daran, dass Hunderttausende von Menschen sterben werden, wenn nicht in den nächsten Wochen massive Hilfsaktionen starten – von Somalias Dürregebieten bis zu den Flüchtlingslagern Nordostnigerias, von Südsudans Sümpfen bis zu den Wüsten Jemens. Die Gelder und die internationalen Strukturen, um sie sinnvoll einzusetzen, sind vorhanden. Man muss sie nur nutzen.

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de